



Dezember 2015

Liberaler Senioren Initiative Baden-Württemberg e. V.

Systemumstellung



Auf einen Blick

- Wir haben Konsens, auf mittlere Sicht auf fossile Energieträger zu verzichten.
- Über die Geschwindigkeit der Systemumstellung wird allerdings heftig gestritten.
- Während die eine Seite einen globalen Klima-GAU aufgrund von CO₂-Emissionen sieht, plädiert die andere für einen nachhaltigen und wohlstandswahrenden Systemumbau.
- Die Klimaangstpropagandisten versuchen eine jakobinische Transformation aller gesellschaftlichen Lebensbereiche durch eine Instrumentalisierung der CO₂-Bewirtschaftung.
- Wenn – wie Konsens ist - der Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare gelingen soll, muss der Weg über eine hinreichend lange Anpassungsphase gehen, die von sicher verfügbarer und bewährter Technologie sowie von Marktmechanismen gestützt wird.

Dr. Wolfgang Allehoff
Norbert Patzner (Dipl.Ing.)

Energiepolitik, Klimaangst und Stellgrößen

Es ist allgemeiner – nahezu globaler – Konsens, auf mittlere Sicht auf fossile Energieträger zu verzichten. Während Deutschland Kohle und nukleare Energieträger sofort und gleichzeitig durch sogenannte „Erneuerbare Energien“ ersetzen will, setzen unsere europäischen und amerikanischen Nachbarn neben den „Erneuerbaren“ auch auf nukleare Energien. Man zählt sie dort zu den sauberen Energien, die es auch wegen der Netzstabilität auszubauen gilt. Barack Obama hält den überstürzten Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland nach Fukushima für eine Panikreaktion in einem ansonsten rational denkenden Land.

Die Umstellungsphase vom System der Energiegewinnung aus fossilen Trägern auf erneuerbare wird bei uns „Energiewende“ genannt.

Diese sogenannte Energiewende wird durch zwei Aspekte begründet: Zum einen wird argumentiert, dass der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß, der bei der Energieerzeugung anfallen würde, für eine globale Erwärmung verantwortlich sei. Zum anderen wird be-

fürchtet, dass fossile Energieträger, insbesondere Öl und Gas, in einer historisch überschaubaren Zeitspanne entweder zur Neige gehen oder unerschwinglich teuer werden könnten.

Für die Notwendigkeit einer Energiewende gibt es breiten Konsens, weil vernünftige Gründe vorliegen.

Allerdings ist die These, dass sich die Erde auf Grund der energiebedingten CO₂-Emission erwärmt, umstritten. Es gibt hierfür keine wissenschaftliche Untermauerung. Der Weltklimarat spricht daher auch nur von einem möglichen „Szenario“. Auch wird in der öffentlichen Diskussion unterschlagen, dass die energiebedingten CO₂-Emissionen nur etwa 4% der natürlichen CO₂-Emission betragen (Die Bundesregierung spricht von 80%!). Aus der Vergangenheit wissen wir, dass Klimaänderungen zum Alltag der Erdgeschichte gehören.

Auch ist eine globale Mitteltemperatur sehr schwer zu definieren: Bei sich ständig ändernden lokalen Temperaturen zwischen +55 °C und – 85 °C ist eine Durchschnittsberechnung fast

unmöglich. Zudem verändern sich die Umgebungsbedingungen an Messstationen (Stationen, die auf freiem Feld gebaut wurden, befinden sich plötzlich in einem bebauten Gelände).

Unsere Erde ist noch nicht „fertig“, sie verändert laufend ihr Gesicht, so auch das Klima. Die Kontinente haben sich über große Zeitspannen durch Plattentektonik gebildet. Wo früher Wüsten waren, sind heute Meere. Das geschah und geschieht, ohne dass der Mensch darauf Einfluss hat. Zu meinen, dass wir dies beeinflussen könnten, wäre Hybris.

Dass der Mensch durch Raubbau an den natürlichen lokalen Ressourcen seine Lebensgrundlagen zerstören kann, ist durch geschichtliche Beispiele belegt. Richtig verstandener Umweltschutz trägt zum Überleben bei. Moralisierende Vorschriften der ersten Welt für den Energiebedarf der zweiten und dritten sind allerdings fehl am Platz.

FDP-Chef

Christian Lindner sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als endgültig gescheitert an. Reformversuche seien nicht ausreichend. Die Subventionspolitik für erneuerbare Energien müsse abgeschafft, die Energiewende gesamt-europäisch neu bedacht und die Klimaschutzziele schrittweise bis zum Jahr 2050 angegangen werden.

Den aktuellen Kurs der Bundesregierung beim EEG sieht er als eine Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland an.

Bei der Energiepolitik müsse Deutschland jetzt seinen Sonderweg verlassen.

Voraussetzung dafür sei ein europäisches Stromnetz. "Das muss an die Spitze der Agenda der neuen EU-Kommission". Lindner setzt sich darüber hinaus für mehr Marktwirtschaft bei den Strompreisen und die Abschaffung der Subventionen für erneuerbare Energien ein. Außerdem fordert er die EU auf, sich bei der Neukonzeption der Energiewende Zeit zu nehmen.

Denn aktuell bremse die einseitige finanzielle Förderung von Solar-, Wind- und Biogasanlagen sogar Innovationen in neue Technologien, Speicher oder Energiesparmodelle aus.

portal liberal,
26.6.2014

Wie viel Zeit braucht die Systemumstellung?

Über die machbare Zeitspanne der Systemumstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare wird teils ideologisch motiviert erbittert gestritten. Wer im Zuge der energiepolitischen Diskussionen für Maß und Mitte und z. B. für eine Laufzeitverlängerung der deutschen

Kernkraftwerke und für die Weiterentwicklung und den Bau von alternativen Reaktoren plädiert, ist Ziel einer konzertierten Attacke der selbsternannten Klimaretter. Viele Bürger in Deutschland fordern den sofortigen und schnellstmöglichen Verzicht auf alle

fossilen Energieträger, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Auswirkungen.

Wir plädieren für die politische Forderung, sich „mehr Zeit“ beim Umbau des Energiesystems zu nehmen und die zukünftigen Forschungsergebnisse bei Erzeugung und Speicherung mit einzu-beziehen.

Welcher Leitlinien bedient sich die herrschende Politik?

Die herrschende Politik bedient sich bei komplexen Fragestellungen externer Berater, die üblicherweise Gutachten auf Honorarbasis erstellen, die dann in die Leitlinien der Politik Eingang finden oder diese maßgeblich bestimmen.

Beim Sachgebiet Energiepolitik und bei Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes stützt sich Bundeskanzlerin Merkel auf das einflussreiche Beratergremium WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen). Vorsitzender ist Professor Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. Im April 2011 hat der WBGU ein Gutachten "Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" vorgelegt.

Die Kernthesen dieses Gutachtens sollen im Folgenden stichwortartig dargestellt werden:

- Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ("fossiler industrieller Metabolis-

mus") sei normativ un-haltbar.

- "Die Transformation zur Klimaverträglichkeit ist ... moralisch ebenso geboten wie die Abschaffung der Sklaverei und die Ächtung der Kinderarbeit."

- Der Umbau der Weltwirtschaft müsse schnell gehen, auf Kernenergie und Kohle sei gleichzeitig und kurzfristig zu verzichten.

Die Gutachter schreiben weiter:

- Die bewusste **Dekarbonisierung** der Weltwirtschaft sei mit der Neolithischen Revolution und der Industriellen Revolution vergleichbar. Dies seien allerdings ungeplante, naturwüchsige historische Vorgänge gewesen.

- Die "**Große Transformation**" müsse hingegen bewusst geplant und gesteuert werden. Sie sei damit ein historisches Novum.

- Alle Nationen müssten Eigeninteressen zurückstellen und zu einer neuen Form kollektiver Verantwortung für das Klima finden: "Die Weltbürgerschaft stimmt

*Innovationserwartungen zu, die normativ an das Nachhaltigkeitspostulat gebunden sind, und gibt dafür spontane Beharrungswünsche auf. Garant dieses **virtuellen** Vertrags ist ein **gestaltender Staat ...**"*

- Dieser starke Staat solle daher für die "**gesellschaftliche Problematisierung**" nicht nachhaltiger Lebensstile.
- Er überwinde "Interessengruppen" und "Vetospieler", die "den Übergang zur nachhaltigen Gesellschaft erschweren".
- In Deutschland solle demnach der **Klimaschutz allgemeines Staatsziel werden**, an dem das Handeln von Legislative, Exekutive und Judikative ausgerichtet werde.
- Um Zukunftsinteressen institutionell zu verankern, empfiehlt der WBGU zu erproben, das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren um eine deliberative "**Zukunftskammer**" zu erweitern. „Um interessens- und parteipolitische Einmischung zu vermeiden, könnte die Zusammensetzung dieser Kammer beispielsweise durch **Losverfahren** ermittelt werden.“

"Das Planungsbüro der DDR hätte die Energiewende nicht schlechter konzipieren können."

"24 Milliarden Euro Umverteilung im Jahr und 250 Euro Preisaufschlag für eine dreiköpfige Familie – das müsste eine vernunftgeleitete Bundesregierung veranlassen, diese Reform zu stoppen und das EEG ganz aus dem Verkehr zu ziehen"

Christian Lindner,
portal liberal
26.6.2014

Was sagt die andere Seite?

Vertreter der anderen Seite, wie Professor Fritz Vahrenholt, sehen diese utopischen Forderungen des einflussreichen Beratergremiums WBGU kritisch. Denn das Gutachten **fordere die Außerkraftsetzung, dort „Transformation“ genannt, der Regeln der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie.**

Die Forderungen der WBGU ...

- verlangen von Mensch und Gesellschaft ein Höchstmaß an Idealismus, Altruismus und Opferbereitschaft,
- **sprengen die Dimensionen der normalen Lebenswirklichkeit komplett,**
- **und sind deshalb auf demokratischem Weg nicht zu verwirklichen.**

Warum sollten die Menschen – nicht nur in Deutschland – sondern weltweit freiwillig auf ihre Ansprüche an materieller Wohlfahrt und Sicherheit verzichten?

Folgerichtig stellt der WBGU offen heraus,

- **dass die Dekarbonisierung der Gesellschaft nur durch die Beschränkung der Demokratie erreicht werden könne** - national wie international:
- International fordert der WBGU einen "Weltsicherheitsrat" für Nachhaltigkeit.
- Die für Deutschland vorgeschlagene

"Zukunftskammer" würde ausdrücklich nicht demokratisch besetzt und würde die Befugnisse des Parlaments begrenzen.

Zwar wünscht der WBGU **"zivilgesellschaftliche Partizipation"** - aber nur für die Umsetzung des Staatsziels "Klimaschutz".

Die geforderte **"Problematisierung nicht nachhaltiger Lebensstile"** dürfte also schnell auf deren **Stigmatisierung** hinauslaufen. Wer die Nachhaltigkeitsvorstellungen nicht teilt, steht außerhalb der neuen staatlichen Ökoordnung. Das beträfe also alle Sympathisanten der heutigen Industriegesellschaft.

Dem starken Ökostaat solle ein neuer Gesellschaftsvertrag zugrunde liegen, den der WBGU ideengeschichtlich aus dem Naturrecht der Aufklärung herleitet, das auch die Grundlage der parlamentarischen Demokratie bildet.

Der WBGU folgt der staatsphilosophischen Tradition Jean-Jacques Rousseaus.

Dieser unterscheidet zwischen

- **Volonté générale** (frz. *allgemeiner Wille*), den er von der
- **volonté de tous**, der Summe der Einzelinteressen, abgrenzt.

Die andere Seite wirft dem WBGU vor, er **unterstelle** einen **Allgemeinwillen** zum Klimaschutz und zur Dekarbonisierung, der nicht vorliege.

Da unsere repräsentative Demokratie eher dem *volonté de tous* Modell entspricht, führt an einer Außerkraftsetzung des gegenwärtigen Modells kein Weg vorbei, will man wie der WBGU den „Allgemeinwillen zum Klimaschutz“ implementieren.

Von der Denkfigur des *volonté générale* nahm in der westlichen Staatgeschichte bekanntlich der autoritäre und utopische **Jakobinismus** seinen Ausgang.

Der WBGU vergleicht die **Dekarbonisierung der Weltwirtschaft mit der Neolithischen und der Industriellen Revolution**. Er liegt aber nicht richtig mit der Aussage, eine bewusst geplante, **radikale Umgestaltung ökonomischer und sozialer Großsysteme sei ohne geschichtliches Vorbild.**

Partielle Vorbilder hierfür sind

- die Industrialisierung der UdSSR in den 20er- und 30er-Jahren,
- der "Große Sprung nach vorne" sowie die "Kulturrevolution" im China Maos,
- die Umgestaltung Kambodschas durch die Khmer Rouge Pol Pots.

Die im Gutachten des WBGU genannten Maßnahmen müssen begleitet von einer konzertierten Pressekampagne umgesetzt und im Denken der Bevölkerung verankert werden.

Bei einer kritischen Analyse der Situation in der Bundesrepublik ist zu erkennen, dass das System in Deutschland zwar noch nicht ganz rundläuft, aber durchaus funktioniert.

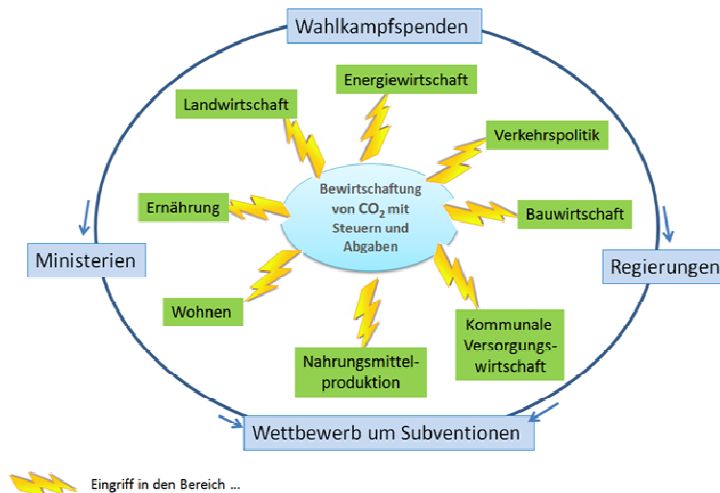
Ein Schlüsselement ist der Wettbewerb um Subventionen.

Dieser betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche, ob Industriebranchen, Forschungsinstitute, NGOs oder öffentlich-rechtliche Medienbereiche.

Ein Blick auf die Klimakonferenzen zeigt, ob in Kyoto, in Kopenhagen oder Paris, dass dieses Stellgrößenmodell auch global bereits Wirkung zeigt.

Stellgröße für die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft

CO₂ als Stellgröße für die globale Transformation



Die Kernfrage bei der Umsetzung des globalen Dekarbonisierungsprogramms ist die nach der Stellgröße, die einen Eingriff in alle Lebensbereiche gestattet. Hier bietet sich mit der Bewirtschaftung des CO₂-Ausstoßes mit Hilfe von Steuern und Abgaben ein universelles Hilfsmittel an. (siehe Abb.: 1).

Der Preis, den die Klima-Jacobiner zu zahlen bereit sind, ist zu hoch

Transformationen wirtschaftlicher Großsysteme sind immer mit Entbehrungen für die Generation verbunden, die sie gerade erlebt. Bestehende produktive Wirtschaftsstrukturen werden eingerissen und neue erst aufgebaut. Selbst wenn Deutschland bei dieser Revolution erfolgreich voran ginge, müssten andere um einen globalen Effekt zu erzielen, sehr zügig folgen. Das ist mit Blick auf die Supermächte USA, China und Russland sehr fraglich.

Demokratische Institutionen, die Freiheit der Lebensführung und das Recht auf materiellen Wohlstand erhalten wollen, dürfen dem brachialen Klima-Jacobinismus, wie ihn der WBGU vorschlägt, nicht geopfert werden.

Ob es gelingt, Länder die auf dem Weg zu materiellem Wohlstand

noch weit hinter Deutschland liegen, die Stellgröße CO₂-Bewirtschaftung genauso rigoros wie wir anzuerkennen, ist mehr als fraglich.

Wenn – wie Konsens ist - der Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare gelingen soll, muss der Weg über eine hinreichend lange Anpassungsphase gehen, die von sicher verfügbarer und bewährter Technologie sowie von Marktmechanismen gestützt wird.

Auch der Klimaschutz muss nach dem Modell *volonté de tous* demokratisch zustimmungsfähig bleiben. Wenn die Gesellschaft auf die Kernenergie verzichten will, muss der Ausbau der erneuerbaren Energien auf längere Sicht von Kohle und Erdgas begleitet werden. Dekarbonisierung darf unter keinen Umständen

Deindustrialisierung bedeuten.

Die Weltgemeinschaft steht zweifelsfrei vor großen Herausforderungen – aber das ist eigentlich nichts Neues. Die immer fortwährende Dynamik unseres Umfeldes fordert ständige Anpassungsmaßnahmen.

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Geschichte der Menschheit die „großen Ideen“ mit denen die jeweils anstehenden Aufgaben gelöst werden können. Mit Stolz sehen die Völker zurück auf die Denker, Wissenschaftler und Philosophen, die uns die Welt erklärt haben und damit auch die entscheidenden Schlüssel für die Zukunft geliefert haben.

Mit Scham und Ärger erinnern wir uns an die Heilsbringer und Ideologen, die uns durchsichtige Rezepte aufoktroziert haben und uns ins Verderben geführt haben. Es scheint wieder soweit zu sein.